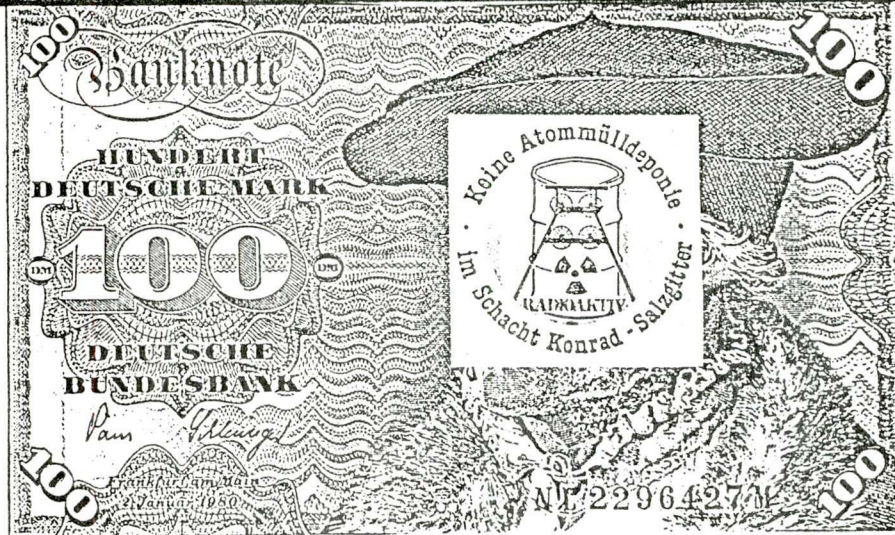


SALZGITTER

Umweltminister Töpfer: Strahlenschutzamt und Ausgleichszahlungen für diese Region



gekauft!



Bundesamt für Strahlenschutz kommt!

Töpfer für Ausgleichszahlungen an Endlager-Standorte

CDU ist für ATOMKRAFT
CSU ist für ATOMKRAFT
F.D.P. ist für ATOMKRAFT
SPD ist für ATOMKRAFT

Zum Thema Bundesamt für Strahlenschutz:
Vorwurf „politischen Wohlerhaltens“
wird energisch zurückgewiesen

Eine ganze Region
wird zerstört



Ein Haus für das neue Strahlenschutzamt

Salzgitter-Konzern bietet Töpfer Gebäude an



Salzgitter wird verstrahlt

Angesichts der Entscheidung der Bundesregierung, SALZGITTER als Standort für das BUNDESAMT FÜR STRAHLENSCHUTZ zu benennen, erklären die GRÜNEN:

1. SALZGITTER IST GEKAUFT WORDEN!

Durch das erfolgreiche Bestreben der SPD/CDU-Koalition, in Salzgitter das Bundesamt für Strahlenschutz zu erhalten, ist der Widerstand gegen das ATOMMÜLLENDLAGER SCHACHT KONRAD von offizieller Seite aufgegeben worden, obgleich eine Vielzahl wissenschaftlicher Belege existiert, die Schacht Konrad als UNGEEIGNET für ein ENDLAGER ausweisen.

2. DAS BUNDESAMT FÜR STRAHLENSCHUTZ BRINGT KEINE NEUEN ARBEITSPLÄTZE NACH SALZGITTER!

Im Gegenteil, die spezialisierten Beamten und Mitarbeiter dieses Amtes kommen von ausserhalb. Die logische Einrichtung eines ATOMMÜLLENDLAGERS wird andere zukunftssträchtige Industrien zur Abwanderung oder gar nicht erst zur Ansiedlung bringen.

3. Es gibt KEINEN Grund, das BUNDESAMT NACH SALZGITTER zu bringen, ausser dass SCHACHT KONRAD ALS ATOMMÜLLENDLAGER KOMMT!

4. DAS BUNDESAMT soll der ANFANG einer Reihe von AUSGLEICHSAHLUNGEN an SALZGITTER sein. GORLEBEN hat bislang ca DM 200-Millionen erhalten, Salzgitter NICHTS. Mit dem Bundesamt soll der Boden für das ATOMMÜLLENDLAGER bereitet werden.

5. Die SPD als MEHRHEITSPARTEI in Salzgitter steht mit ihrer Entscheidung für das Bundesamt im Widerspruch zur SPD im LAND und BUND, der Widerstand gegen das Atomprogramm der CDU ist nicht mehr glaubhaft.

6. Die CDU als Mehrheitspartei im BUND setzt mitten in einer Glaubwürdigkeitskrise der Atomindustrie mit der Einrichtung des BUNDESAMTES einen dreisten Höhepunkt auf die Vertuschung der Atomstörfälle durch CDU-Regierungen in Hessen und Niedersachsen. Das Bundesamt wird die Aufgabe haben, Störfälle der ATOMINDUSTRIE - auch in Endlagern - vor der Öffentlichkeit zu verschleiern oder gänzlich zu verheimlichen. Nach Tschernobyl war die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz unter seiner Regie eine der Hauptaufgaben von Bundesumweltminister Töpfer. Nun hat er es geschafft, auf Kosten der Entmachtung atomkritischer Landerregierungen und nicht zum Nutzen der Bevölkerung der Stadt Salzgitters.

WEHREN WIR UNS DAGEGEN! ARBEITEN SIE MIT!



Radioaktive Niedrigstrahlung und Strahlenschutz in und um Schacht Konrad

Am Samstag, d. 10. Dezember 1988 findet ein wissenschaftliches Forum im Kirchenzentrum der Friedenskirche AM FREDENBERG, Salzgitter-Lebenstedt statt:

Beginn:

10.00: Die Wirkung niedriger Strahlendosen

11.30: Beruflich strahlenexponierte Personen

MITTAGSPAUSE

14.00: Grundlagen der Strahlenschutzpolitik

15.30: Novellierung der Strahlenschutzverordnung



Die Grünen
Swindonstraße 55
Salzgitter-Lebenstedt
v.i.s.d.p.

Telefon:
(05341) 13522

Spendenkonto:
Postgiroamt Hannover
Kto.-Nr. 144 60-307